

Volksbegehren „Für Impf-Freiheit“ landet im Gesundheitsausschuss Genügt ,2-G‘-Regel statt ,3-G‘-Regel?

Am 19. Mai erfolgte die sogenannte 1. Lesung zum Volksbegehren „Für Impf-Freiheit“. Das von 259.149 Bürgern unterstützte Volksbegehren wurde erwartungsgemäß dem Gesundheitsausschuss zur weiteren Behandlung zugewiesen.

In der einleitenden Diskussion wurde von allen Fraktionen versichert, dass es zu keiner Impfpflicht kommen werde.

Für Dr. Rudolf GEHRING, dem Initiator und Betreiber dieses Volksbegehrens, ist das wenig glaubhaft. Der Test- und Impfwang heißt nun ‚Eintrittstest‘ und wurde dadurch von den Regierungsparteien durch die Hintertür bereits zur Realität. Alle nicht getesteten oder nicht geimpften Personen werden systematisch benachteiligt, weil ihnen die volle Wahrnehmung ihrer Grund- und Freiheitsrechte verweigert wird. Das ist Unrecht und verletzt das verfassungsrechtliche Gebot der Gleichbehandlung!

Gänzlich vernachlässigt wird der Umstand, dass die Mehrheit unserer Bevölkerung das viel wichtigere ‚G‘, nämlich **gesund** zu sein, erfüllt. Bislang galt jede Person ohne Krankheitssymptome als gesund. Seit vielen Monaten wird uns suggeriert, dass diese Menschen potenzielle Gefährder unserer Gesellschaft seien!

Daher meint Gehring in Anspielung auf die aktuelle Situation, dass statt der festgelegten 3 G (getestet, geimpft, genesen) nur 2 G notwendig und sinnvoll wären, nämlich **gesund** und **Gottvertrauen!**

Der Gesundheitsausschuss ist gefordert

Im Vordergrund wird es um die Frage der verfassungsmäßigen Verankerung der **Impffreiheit** gehen, damit diese Freiheit für alle Bürger größtmöglich abgesichert wird. Wie wichtig diese Forderung ist, zeigt uns das Verhalten der Regierung in den vergangenen Monaten. Leider ist für die nahe Zukunft keine Änderung zu erwarten. So dient z.B. der „Grüne Pass“ nicht der Gesundheit, sondern soll als weiteres Instrument der Kontrolle und der Überwachung missbraucht werden. Der Datenschutz ist nach einer jahrelangen Datenschutz-Hysterie offensichtlich unwichtig geworden.

Außerdem widerspricht der Grüne Pass dem Schengener Abkommen, das jahrelang als große Errungenschaft gefeiert wurde, weil ein Europa ohne Grenzen versprochen wurde.

Eine weitere wichtige Frage wird sein, ob die Personen, die sich aus freier Entscheidung nicht testen oder impfen lassen oder auch gar nicht können, tatsächlich mit weiteren Benachteiligungen rechnen müssen.

Im Artikel 7 der Bundesverfassung ist ausdrücklich der Gleichbehandlungsgrundsatz für alle Bürger festgelegt. Es ist daher unverständlich, dass wiederholt von der Regierung Maßnahmen überlegt und auch verwirklicht werden, welche diesem Grundsatz klar widersprechen.

Alle Menschen sind gleich zu behandeln, unabhängig davon, ob sie geimpft oder ungeimpft sind. Und es dürfen auch keinesfalls die Bürger, die sich nicht testen oder nicht impfen lassen, zu Sündenböcken gemacht werden!

Zurück zur Eigenverantwortung!

Wenn sich im Parlament keine klare Mehrheit für die Freiheit bei der Impf-Entscheidung/Tests und gegen die geplante Diskriminierung der Nicht-Geimpften abzeichnet, tritt Gehring zum wiederholten Mal für die Durchführung einer **Volksabstimmung** ein.

Sehr interessant ist für ihn auch, dass In den letzten Tagen immer stärker erkennbar wird – und das sogar auf Regierungsebene -, dass die Maskenpflicht und die geforderten Tests, wie schon seit langem von vielen Wissenschaftlern festgestellt, äußerst problematisch sind. Eine Reihe von Staaten ziehen bereits die Konsequenzen und verzichten auf diverse Corona-Maßnahmen. Österreich sollte endlich im Interesse seiner Bürger ebenfalls handeln!

Kranke Mitbürger sollen bestmöglich behandelt werden – gesunde Menschen sollen jedoch unbehelligt und ohne Einschränkungen ihrem normalen Leben nachgehen dürfen.

Christliche Werte sind in der politischen Landschaft Österreichs quer durch alle Parteien verstreut, aber zugleich mit Werten vermischt, mit denen Christen sich nicht identifizieren können. Seit ihrer Gründung am 15. Oktober 2005 bietet **die Christliche Partei Österreichs (CPÖ)** den Wählern eine umfassend auf christlichen Werten gegründete Alternative an.

Unter der Führung von **Alfred KUCHAR** verfolgt die CPÖ ein Programm mit dem Motto **leben · werte · Zukunft**, in dem auch die Überzeugung zum Ausdruck kommt: „**Die Sorge um die Schwachen muss unsere Stärke sein**“. Die CPÖ grenzt sich von allen radikalen und spaltenden Kräften im Land ab und strebt danach, *allen* Menschen eine gerechte und nachhaltige Basis des Zusammenlebens zu bieten. Die CPÖ möchte das Sprachrohr für das **Leben** und für die **Familien** sein.

Kontaktadresse: Dr. Rudolf Gehring Mail: akademie@cpoe.or.at Tel. 0676 967 10 61 oder Tel. 0676 33 14 686
Das Neueste über die CPÖ finden Sie unter www.cpo.e.or.at